

# Ständerat Andrea Caroni sagt, der Einwanderungs-Kompromiss missachte den Volkswillen. Aber er hat eine Lösung

# «Wir müssen die Verfassung anpassen»



Sermín Faki

Seitdem die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrats am Freitag präsentiert hat, wie sie die Masseneinwanderungs-Initiative umsetzen will, macht ein Wort die Runde:

Verfassungsbruch. **Die Kritik kommt nicht nur von der unterlegenen SVP, sondern auch von Juristen und Politikern anderer Couleur.** So sagte der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni im Sonntag-Blick, er sei nicht gegen die Lösung der SPK. Aber:

«Wer diesen Vorschlag will, muss die Verfassung anpassen.» **Im BLICK präzisiert er nun, wie er dabei vorgehen will:** «Ich werde mich im Ständerat dafür einsetzen, dass wir eine Analyse erhalten, inwiefern das Gesetz verfassungskonform ist und in welchen Punkten es einen Konflikt gibt. **In diesen Punkten muss nach meiner Meinung die Verfassung angepasst werden.»** Dazu seien diverse Varianten denkbar.

Eine liegt auf der Hand: Da der Gesetzesvorschlag weder Höchstzahlen noch Kontingente vorsieht, könnten zum Beispiel diese aus der Verfassung gestrichen werden. **Knackpunkt: Über eine solche Änderung müsste das Volk abstimmen.** Die Unsicherheit, ob die Stimmbevölkerung dem zustimmen wird, ist gross. Immerhin hatte am 9. Februar 2014 eine knap-



«Wir wählen die sanfteste Variante.»  
Kurt Fluri (SVP/SO)

Foto: Peter Gerber

Nationalrats wollte die Verfassungsfrage daher offenbar nicht anpacken.

**Anders Caroni: «Wir haben vom Volk einen Auftrag erhalten», meint auch er.** Wenn die Politik aber nach drei Jahren intensiven Debattierens und Auslotens möglicher Lösungen zum Schluss komme, dass sie davon in gewissen Punkten abweichen will, sollte sie den Auftraggeber fragen, **ob er bereit sei, seinen damaligen Auftrag in diesem Sinne zu optimieren.** «Es scheint mir daher wichtig, dass sich Volk und Stände dazu äussern können», sagt Caroni.

Diese Meinung teilen nicht alle im Freisinn. So geht Nationalrat Kurt Fluri, der als Architekt des SPK-Deals gilt, davon aus, dass der Kompromiss die Verfassung respektiere. «Wir haben die sanfteste Variante gewählt, die möglich war», gibt er zu. Er verweist aber darauf, dass der Verfassungsartikel auch **vorschreibe, die gesamtwirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen.**

«Das haben wir so interpretiert, dass die bilateralen Abkommen, die ja auch mehrfach vom Volk bestätigt wurden, nicht gefährdet werden.» **Zudem hätten viele Stimmbürger mit ihrem Ja zur Initiative auch ein Zeichen setzen wollen.** «Und bei einem so knappen Ergebnis ist es durchaus gerechtfertigt, die Initiative nicht wortwörtlich umzusetzen.»

## Im November gehts los Coop gibt bei Wasserstoff Gas



Foto: Keystone

Wasserstoff-Tankstellen sind für Coop strategisch wichtig.

Als Coop-Partner Axpo im Frühjahr aus dem Wasserstoff-Projekt ausstieg, drohten die Klimaziele des Grossverteilers bachab zu gehen. **Doch so weit kommt es nun nicht.** «Anfang November werden wir die erste öffentlich zugängliche Wasserstoff-Tankstelle der Schweiz eröffnen», lässt Coop-CEO Joos Sutter (51) über seinen Sprecher ausrichten.

**Standort der Wasserstoff-Tankstelle ist die Gemeinde Hunzenschwil AG.** Unweit gelegen ist das neue Coop-Verteilzentrum in Schafisheim. Dort sind unter anderem mit Wasserstoff betriebene LKW im Einsatz. Eine ganze Flotte für die Logistik befindet sich im Aufbau.

In einigen Jahren soll der mit heimischer Wasserkraft hergestellte (und damit CO<sub>2</sub>-neutrale) Wasserstoff **landesweit an Coop-Tankstellen angeboten werden.**

Das Wasserstoff-Projekt ist eine weitere Massnahme des

Grossverteilers, um das Ziel zu erreichen, bis 2023 CO<sub>2</sub>-neutral zu sein. «Wir sind auf Kurs», sagte Sutter letzte Woche in einem Interview mit dem deutschen Branchenblatt «Lebensmittelzeitung». Und: **«Wir wollen den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 50 Prozent reduzieren – ein Viertel haben wir bereits geschafft.»** Zusätzliche 50 Prozent erreiche Coop durch Kompensation nach den Regeln der Umweltorganisation WWF.

**Noch rollen wenige Brennstoffzellen-Autos auf Schweizer Strassen,** wie Sutter im Interview einräumt. Es sind bislang einzig die Modelle Hyundai ix35 Fuel Cell und Toyota Mirai.

Es sei «ein typisches Henne-Ei-Problem», sagt Sutter. **Ohne Tankstellen gebe es keine Autos und ohne Autos keine Tankstellen.** Darum will er bei Wasserstoff nun so richtig Gas geben: «Dieses Dilemma wollen wir lösen – und investieren deshalb in diese Technologie.»

Ulrich Rotzinger

## Bürgerlicher Wirtschaftsprofessor Cédric Tille Warum sich die Schweiz AHV plus leisten kann

**D**er Abstimmungskampf um die AHV-plus-Initiative geht in die heisse Phase. Die Forderung der Gewerkschaften, die AHV-Renten um zehn Prozent zu erhöhen, **bekämpfen Wirtschaft und bürgerliche Parteien vehement.** Zu teuer, lautet ihr Hauptargument. Der Bund könne sich die Mehrausgaben von 5,5 Milliarden Franken nicht leisten, und eine Erhöhung der Lohnbeiträge um je 0,4 Prozent würde die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schwächen.

Nun aber erhalten die Initianten überraschenden Sukkurs: Wirtschaftsprofessor Cédric Tille, Bankrat der Nationalbank, der sich als FDP-nah bezeichnet, sagt: **«Ich werde am 25. September Ja stimmen.»**

Auch er sei zuerst gegen die Initiative gewesen. «Doch dann



Foto: Céline Michel

Cédric Tille ist Professor für internationale Wirtschaft in Genf.

habe ich mir die Daten angeschaut.» Tille ist überzeugt: Die Schweiz kann sich höhere AHV-Renten leisten. Zwar seien 5,5 Milliarden viel Geld – **aber jede Staatsausgabe erscheine in absoluten Zahlen riesig.** Gemes-

sen am Bruttoinlandprodukt (BIP), das 639 Milliarden Franken im Jahr 2015 betragen hat und bis 2030 wahrscheinlich auf 850 Milliarden ansteigen werde, **koste die Initiative nur 0,65 Prozent des BIP.**

Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz werde nicht gefährdet. «0,4 Lohnprozent mehr brechen unserer Wirtschaft nicht das Rückgrat», sagt Tille. Und kann es mit überzeugenden Zahlen belegen: **Denn die Kosten für Sozialbeiträge sind in den letzten Jahren stetig gesunken.** Mussten die Arbeitgeber von 1995 bis 2007 durchschnittlich noch 14,8 Prozent des Lohns als Sozialbeiträge bezahlen, ist dieser Satz seither stetig bis auf aktuell 14,1 Prozent gesunken.

«Die Arbeitgeberwarenschon stärker belastet», sagt Tille. Es sei daher schwer zu glauben,

dass 0,4 Prozent mehr nun eine Katastrophe für die Wirtschaft sein sollen. Tille ist überzeugt: «Wir können uns das leisten.»

Seiner Meinung nach sollten wir das auch, denn die zweite Säule werde wegen geringer Renditen an den Kapitalmärkten **immer weniger zum Renteneinkommen beitragen.** Daher sei es ökonomisch gerechtfertigt, die AHV zu stärken.

Tille sieht die Initiative zudem als gute Ergänzung zur Altersreform 2020, die das Parlament derzeit berät. Denn mit den Entscheiden der nationalen Sozialkommission seien ausgleichende Elemente, die der Ständerat beschlossen hatte, wohl vom Tisch. **Die Altersvorsorge aber brauche solidarische Massnahmen für die unteren Einkommen** – das sei über die AHV möglich. Sermín Faki